

Iran-Kundgebung, 11.02.2010, Stuttgart

Liebe Freundinnen und Freunde,

Seit 243 Tagen sind Verhaftungen, Unterdrückung, Folter und Vergewaltigung von Oppositionellen im Iran an der Tagesordnung und dies ist nur ein Teil von dem, was das iranische Volk seit den Präsidentschaftswahlen am 12. Juni 2009 erlebt. Das Volk wurde an diesem Tag um seine Stimme betrogen, und seither wird mit brutalen Polizei- und Milizeinsätzen gegen jegliche Art des Protestes vorgegangen.

Ayatollah Khamenei als höchste religiöse und politische Instanz des Irans hat den Befehl gegeben, die Proteste von hunderttausenden Menschen, die schweigend auf den Straßen marschieren, niederzuschlagen und den Widerstand zu brechen.

Das Ergebnis: Tausende Inhaftierte, hunderte Tote, zumeist Jugendliche unter 25 Jahren und zahlreiche namenlose Gräber, die nur dank der Neuen Medien an die Öffentlichkeit gelangten. Schauprozesse, die in fataler Weise an die Stalinzeit erinnern, werden regelrecht inszeniert. Die letzte Ashura-Feier hat gezeigt, dass die Proteste im Iran nicht nachgelassen haben und die Menschen weiterhin auf ihre zivilen und nun auch politischen Rechte pochen. Weitere Tote und Gefangene waren die Folge, zuletzt gar Hinrichtungen.

Die Regierung von Mahmud Ahmadinejad macht ausländische Mächte verantwortlich, die er bezichtigt „seine gerechte und friedliche Regierung“ zu vernichten.

Im Jahr 2005 begann er seine neue Regierung mit den viel versprechenden Parolen Gerechtigkeit, Frieden und eine neue politische Ordnung für die Entrechteten und Armen der Welt.

Was er erreicht hat, ist die Unterdrückung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit durch Schließung von Zeitungen und Verhaftung von Journalisten, eine Inflationsrate von über 25%, Unterdrückung von Studierenden und Intellektuellen im eigenen Land. Hohe Arbeitslosigkeit insbesondere unter den Jugendlichen und eine aggressive Außenpolitik. Nun versuchen die Machthaber, wie z. B. der Parlamentpräsident Ali Larijani im Schnellverfahren neue Gesetze zu schaffen, mit denen man protestierende Menschen innerhalb von fünf Tagen zum Tode verurteilen und das Urteil unverzüglich vollstrecken kann. Ihr Vorgehen ist völlig inakzeptabel und Menschenverachtend und erinnert an die dunkelsten Stunden unserer eigenen Geschichte....

Die islamische Regierung hat bereits in den Jahren 1988-89 mehrere Tausend Menschen auf Befehl von Ayatollah Khomeini getötet und die Welt hat tatenlos zugeschaut. Die Weltgemeinschaft darf nicht wieder zuschauen.

Die hilflosen Schreie der Menschen im Iran werden immer lauter und häufiger und die Situation spitzt sich immer weiter zu. Man nennt die protestierenden Menschen Mohareb. Das bedeutet Gotteslästerer (jemand, der gegen Gott kämpft), wer dazu gehört, hat aus Sicht der Machthaber nur den Tod verdient.

Die mutige, demokratische Bewegung der freiheitsliebenden Menschen im Iran wird gleichgesetzt mit einer Bewegung gegen den Islam und Allah. In einer massiven Propaganda im staatlichen Fernsehen und anderen Medien wird das Volk auf eine weitere Hinrichtungswelle vorbereitet.

So wie jeder Einzelne hier in Deutschland nicht zuschauen soll, wenn auf der Strasse Gewalt ausgeübt wird, und die Regierung in solchen Fällen zu Courage und Handeln auffordert, so können Sie nicht zuschauen, wenn der iranische Parlamentspräsident und die Abgeordneten Gesetzte im 21. Jahrhundert verabschieden, die menschenunwürdig und zu verabscheuen sind.

Wir bitten Sie inständig: Lassen Sie nicht zu, dass die Menschenrechte im Iran weiter mit Füßen getreten werden.

Liebe Freundinnen und Freunde,
diesen Brief haben wir als DGB-Region Nordwürttemberg an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages geschickt.

Wir haben dort auch unsere Forderungen

formuliert:

- Einhaltung der Menschenrechte nach der Menschenrechts-Konvention
- sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen im Iran
- Nicht-Anerkennung von Ahamdinejad als Präsident
- neue Präsidentschaftswahlen unter internationaler Beobachtung
- Prozesse gegen alle Verbrecher und Folterer sowie gegen die verantwortlichen Vorgesetzten in den iranischen Gefängnissen
- Durchführung einer Volksbefragung für eine neue demokratische Politik für Iran
- Stopp der Atompolitik und der unnötigen Atom- Kraftwerke
- Abschaffung der Todesstrafe
- Trennung vom Staat und Religion
- Politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die iranische Regierung
- Freiheit und Demokratie für Iran

Die DGB-Region Nordwürttemberg hat eine Aktion zur Unterstützung inhaftierter Gewerkschafter im Iran gestartet. Ganz konkret fordern wir mit einer Unterschriftenkampagne die Freilassung unseres Gewerkschaftskollegen Ossanloo.

Mansour Ossanloo, Vorsitzender der Gewerkschaft des staatlichen Teheraner Busunternehmens, wurde 2007 zu fünf Jahren Haft verurteilt und sitzt seither im Gefängnis, weil er sein Recht auf Vereinigungsfreiheit friedlich wahrgenommen hat. Nur wegen seiner Gewerkschaftsarbeit wurde er geschlagen inhaftiert. Seine Zunge wurde zerschnitten, um ihn mundtot zu machen. Wegen Gewerkschaftsaktivitäten sind nun auch die führenden Kollegen/-innen der unabhängigen Zuckerarbeitergewerkschaft in Dezful inhaftiert worden mit der Begründung, sie würden die nationale Sicherheit gefährden.

Liebe Freundinnen und Freunde,
unsere Unterschriftenlisten sind im Umlauf, wir bitten Euch unsere Aktion zu unterstützen.
In Richtung der Politik fragen wir:
Bei wie vielen Hinrichtungen von protestierenden Menschen im Iran schaut die Welt noch zu?

Eine friedliche Welt als Ziel zu haben, bedeutet auch, - nicht zuzusehen...
Eine friedliche Welt kommt nicht von alleine – die Menschen im Iran brauchen die Solidarität der Weltgemeinschaft – lassen wir sie nicht allein!...